

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und
Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Nr. 0562/2013

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Änderung der Vergnügungsteuersatzung

Antrag,

der Rat der Landeshauptstadt Hannover beschließt die als Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung zur Vergnügungsteuersatzung. Die Änderungssatzung soll am 01.04.2013 in Kraft treten.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

In der Änderungssatzung wurde auf geschlechtsbezogene Formulierungen geachtet. Es bestehen keine unterschiedlichen Auswirkungen auf die Geschlechter.

Kostentabelle

Teilergebnishaushalt 99

Angaben pro Jahr

Produkt 61101

Steuern, allg. Zuweisung, allg. Umlage

Ordentliche Erträge

Ordentliche Aufwendungen

Steuern und ähnliche Abgaben 3.000.000,00

Saldo ordentliches Ergebnis 3.000.000,00

Saldo gesamt 3.000.000,00

Begründung des Antrages

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover hat in seiner Sitzung am 21.02.2013 eine Erhöhung des Steuersatzes für Geldspielgeräte von 12 v.H. auf 18 v.H. des monatlichen Einspielergebnisses für jedes Gerät beschlossen. Darüber hinaus soll die Änderung der Vergnügungsteuersatzung flankierend zu dem neuen Glückspielstaatsvertrag helfen, die Spielsucht zu bekämpfen. Ferner erfolgt sie aus redaktionellem Grund und soll dem Verhalten der Steuerpflichtigen und der aktuellen Rechtsprechung Rechnung tragen.

Zu § 7 Abs. 5

Am 15. Dezember 2011 unterzeichneten mit Ausnahme von Schleswig-Holstein alle Bundesländer einen neuen Glücksspieländerungsstaatsvertrag.

Durch den neuen Glücksspielstaatsvertrag soll im Wesentlichen die Spielsucht bekämpft bzw. ihre Entstehung bereits verhindert werden. Insbesondere dem Jugend und Spielerschutz soll Rechnung getragen werden.

Die Vergnügungsteuer als kommunale Aufwandsteuer dient nicht nur der Einnahmeerzielung, sondern sie ist auch ein durch die Rechtsprechung anerkanntes ordnungspolitisches Instrument, um die Spielsucht zu bekämpfen.

Der Steuersatz für Geldspielautomaten in Hannover wurden zuletzt zum 01.01.2010 von 10 v.H. auf 12 v. H. erhöht. Dennoch haben sich die Anzahl der Geldspielgeräte (GGSG) in Spielhallen, die Anzahl der Spielhallen und das erzielte Einspielergebnis wie folgt entwickelt:

	GGSG in Spielhallen	Anzahl der Spielhallen	Einspielergebnis in Spielhallen
2010	1.308	128	28,8 Mio.
2011	1.523	144	41,7 Mio.
2012	1.565	145	46,5 Mio.*

*hochgerechnet

Aus den Zahlen wird deutlich, dass der neben dem Zweck der Einnahmeerzielung angestrebte Lenkungseffekt zur Eindämmung der Spielsucht durch die Anhebung des Steuersatzes nicht eingetreten ist.

Das grundsätzlich weite Ermessen des Satzungsgebers hinsichtlich der Höhe des Steuersatzes wird insoweit insbesondere durch das rechtstaatliche Übermaßverbot einer Erdrosselungswirkung als äußerste Grenze der Besteuerung eingeschränkt (BVerwG, Beschluss vom 07.11.1998 – 8 B 228.97). In Anbetracht der aktuellen Rechtsprechung und oben dargestellten Entwicklung ist eine Anhebung des Steuersatzes auf 18 v. H. angemessen.

Die erwartete Mehreinnahme von bis zu 3 Mio. basiert auf den Einspielergebnissen der Jahre 2011 und 2012. Die Höhe der Mehreinnahme hängt u.a. davon ab, ob der Glücksspielstaatsvertrag und die Anhebung des Steuersatzes für Automaten dazu führen, dass die Anzahl der Geldspielgeräte und das Einspielergebnis abnehmen.

Zu § 10 Abs. 1 Nr. 4

Redaktionelle Änderung.

Zu § 16 Abs. 1 Nr. 1

Die Anzahl von unvollständigen und offensichtlich falschen Steuermeldungen bei der Vergnügungsteuer nimmt trotz Belehrungen und Hinweisen erheblich zu. Häufig erfolgt selbst auf Nachfrage keine Reaktion der Steuerpflichtigen. Die Besteuerungsgrundlagen

müssen in diesen Fällen geschätzt werden. Die Kosten für den erheblichen Mehraufwand können in den jeweiligen Fällen nicht auf die betroffenen Steuerpflichtigen umgelegt werden. Durch die Sanktionierung soll dem Verhalten der Steuerpflichtigen entgegengetreten werden.

20.31
Hannover / 05.03.2013